



Deutsche Burschenschaft

Presse - Informationen

Potsdam, 01. Dezember 2003

Offener Brief der Deutschen Burschenschaft an die Delegierten des CDU – Bundesparteitages in Leipzig zur Hohmann-Affäre: „Feiges Zurückweichen vor linkem Meinungsdruck“

Schuldig bis die Unschuld bewiesen ist? – Ist dies das neue Rechtsverständnis der CDU und ihrer Vorsitzenden Angela Merkel? Die Deutsche Burschenschaft fordert einen sachlichen Umgang in der Debatte um das MdB Martin Hohmann und verurteilt das Vorgehen gegen den zwischenzeitlich aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verstoßenen hessischen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann schärfstens.

Dies erklärte der Verbandsrat, das höchste Gremium der Deutschen Burschenschaft zwischen den Burschentagen, auf seiner letzten Sitzung in Rostock. Die Repräsentanten der rund 15.000 Mann starken Akademikervereinigung heben das Recht jedes Menschen auf eine zweite Chance hervor. „Wir fordern diese Chance auch für Martin Hohmann“, heißt es in ihrer Stellungnahme, „zumal Hohmann am 3. Oktober 2003 zwar eine umstrittene, aber keineswegs antisemitische oder gar rechtsradikale Rede gehalten hat.“ Hohmann habe im kritisierten Teil seiner Ansprache nichts anderes gesagt, als bereits 1992 in dem Buch der in Berlin lebenden russischen Jüdin Sonja Margolina (Titel: „Das Ende der Lügen – Die russischen Juden – Täter und Opfer zugleich“) nachzulesen war.

„Ist das Recht auf freie Meinungsäußerung noch wirklich ein demokratisches Grundrecht?“ fragen die Burschenschafter, die den gegenteiligen Beteuerungen der CDU-Vorsitzenden in ihrem Brief vom 12. November an die Parteibasis keinen Glauben schenken und vielmehr die Ansicht vertreten, daß die Meinungsfreiheit „am Ende sei“.



Deutsche Burschenschaft

Presse - Informationen

Den führenden Repräsentanten der Unionsparteien, namentlich Angela Merkel und Edmund Stoiber, werfen die Burschenschafter „feiges Zurückweichen vor agitatorischem Meinungsdruck“ vor. Anstatt seitens der Union zum Gegenangriff auf die Hohmann-Verleumder überzugehen und dabei das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung auch in geschichtspolitischen Fragen offensiv zu verteidigen, sei man reflexhaft eingeknickt, nur weil seitens kampagnengeübter linker Meinungsmacher und Aufpeitscher wieder einmal die Stichworte „Antisemitismus und Rechtsextremismus“ gefallen seien. Dies ist einem Offenen Brief der Deutschen Burschenschaft an die Delegierten des am Wochenende in Leipzig beginnenden CDU-Parteitages zu entnehmen, bei dem der betroffene Politiker sich noch nicht einmal rechtfertigen kann, weil er zu diesem Zweck von seinem Kreisverband vorläufig „suspendiert“ worden war.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, betonen die Vertreter der Deutschen Burschenschaft, daß sie selbstverständlich jeden Extremismus, ebenso wie alle Formen von Judenfeindschaft und Antisemitismus, grundsätzlich ablehnen.

Bei Zugrundelegung eines Mindestmaßes an intellektueller Redlichkeit, den die Deutsche Burschenschaft als Akademikerverband in besonderer Weise einfordern müsse, sei es jedoch geradezu absurd, einer aus verschiedenen Quellen gespeisten Propaganda auf den Leim zu gehen, die der Hohmann-Rede eine politische Tendenz unterstellt, die schlicht „unwahr“ sei.

Der im Zusammenhang mit dem Hohmann-Ausschluß aus Partei und Fraktion der CDU auch von anderer Seite heftig kritisierte Alleingang der Parteivorsitzenden Merkel, verstoße gegen elementare demokratische Prinzipien. Das werde so nicht hingenommen werden. Die Deutsche Burschenschaft werde daher führende Vertreter der CDU hierauf sowie auf die Handhabung der Meinungsfreiheit, ansprechen. Danach soll darüber beraten werden, ob den zahlreichen Burschenschaftern in den Unionsparteien empfohlen werden soll, aus CDU und CSU auszutreten.

Karsten Rausch
Pressereferent der Deutschen Burschenschaft